

AMT FÜR SOZIALE DIENSTE

Fortschreibung der Handlungsempfehlungen

für die Integration von Migrantinnen und
Migranten in der Landeshauptstadt Kiel



Herausgeberin:



Landeshauptstadt Kiel

Adresse: Amt für Soziale Dienste/Referat für Migration, Stephan-Heinzel-Straße 2, 24116 Kiel, **Tel.:** 0431 901-2433, E-Mail: birgit.lawrenz@kiel.de, **Verantwortlich:** Birgit Lawrenz, **Redaktion:** Birgit Lawrenz, Kathrin Stadelmann & Xenia Zentner, **Gestaltung Titelseite:** betti bogya, Kiel, **Druck:** Rathausdruckerei, 500 Stück, 2. Auflage, Februar 2018

Inhalt	Seite
Einleitung	4
Interkulturelle Bildung und Erziehung	6
- U3 und Elementarbereich	7
- Schule	14
- Sprachförderung für Erwachsene	19
- Religiöse Belange	21
Jugend und Ausbildung	23
Gesundheit, Seniorinnen und Senioren	28
Wohnen und Wohnumfeld	36
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste	42
Förderung der Selbstorganisation und Partizipation	48
<i>Bürgerschaftliches Engagement</i>	52

Hinweis:

Die „Handlungsempfehlungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel“ aus dem Jahr 2007 wurden – bis auf wenige sprachliche Anpassungen – nicht verändert. Sie wurden um Aspekte und Erfahrungen ergänzt, die sich unter anderem aus den neuen Integrationsaufgaben im Bereich Flüchtlinge ergeben. Diese sind im vorliegenden Text an der Verwendung *kursiver Schrift* zu erkennen.

Einleitung

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen bilden einen grundlegenden Schritt für die Integration von Migrantinnen und Migranten¹ in Kiel. Sie berühren einen großen Teil der Lebenswirklichkeit aller in Kiel lebenden Menschen.

Integration ist jedoch ein ständig fortlaufender Prozess, und Maßnahmen zur Förderung der Integration müssen aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft berücksichtigen. Daher sind diese Empfehlungen als Grundlage für eine Fortführung und kritische Weiterentwicklung zu verstehen.

Der Integrationsprozess ist keine Einbahnstraße. Zuwanderer/innen und Einheimische müssen ihren Beitrag dazu leisten und offen aufeinander zugehen. Die Landeshauptstadt Kiel strebt als Ziel der Integration eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders an auf der verbindlichen Grundlage der im Grundgesetz festgelegten Rechte und Pflichten, wie sie durch die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland konkretisiert werden. Hierzu gehört die Gleichstellung von Mann und Frau in Wort und Tat und die Anerkennung der grundrechtlich verbürgten Freiheitsrechte. Auf dieser Grundlage lässt Integration Raum für die eigene Identität.

In ihrer Sitzung am 23.10.2003 hatte die Ratsversammlung den Antrag des Forums für Migrantinnen und Migranten zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt einstimmig beschlossen. Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus den migrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Ratsfraktionen, dem Vorstand des Forums sowie je einem Vertreter des AWO- Landesverbandes und des Caritasverbandes nahm im Dezember 2003 ihre Arbeit auf. Die Federführung lag beim Referat für Migration des Amtes für Familie und Soziales (*heute Amt für Soziale Dienste*).

Allen Mitgliedern der Lenkungsgruppe war eine breite Einbindung der Öffentlichkeit sowie der städtischen Ämter besonders wichtig. Am 7. Mai 2004 fand eine Auftaktveranstaltung im Rathaus statt, zu der neben den Mitgliedern des Forums auch die weiteren Vereine aus der Migrationsarbeit in Kiel eingeladen waren, die Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten, die Wohlfahrtsverbände, die deutsch- ausländischen Gesellschaften, Migrationsberatungsstellen, Treffpunkte und religiösen Gemeinschaften sowie die Ämter der Stadt Kiel. Etwa 130 Interessierte kamen an diesem Tag ins Rathaus und beteiligten sich an dem ersten Schritt zur Erarbeitung des Integrationskonzeptes.

¹ Als Migrantin oder Migrant werden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit alle Personen mit einem Migrationshintergrund bezeichnet. Neben staatenlosen Personen und Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit fallen hierunter auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder dem Status eines Deutschen nach Art. 116 des Grundgesetzes mit Migrationshintergrund. Rechtsstatus, Dauer des Aufenthaltes und Geburtsort sind insoweit nicht entscheidend. Personen mit derartigem Migrationshintergrund sind beispielsweise ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Kinder, auch wenn sie in 2. oder 3. Generation hier geboren sind und unabhängig davon, ob sie aus den sog. „Anwerbeländern“ kommen, sonstige EU-Bürgerinnen und -Bürger, nachgezogene Familienangehörige von Ausländerinnen und Ausländern oder Deutschen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Angehörigen, andere Eingebürgerte, Kinder aus binationalen Beziehungen, jüdische Emigrantinnen und Emigranten, Asylberechtigte, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, (Bürger) Kriegsflüchtlinge und Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthalt aus verschiedenen Gründen nicht beendet werden kann, oder Menschen ohne Papiere. (Entnommen aus dem „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“, Hrsg.: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, August 2002)

In Arbeitsgruppen zu den wichtigsten Schwerpunktthemen, wie sie auch im Konzept des Landes Schleswig-Holstein zu finden sind, wurden dann in den folgenden Monaten die Impulse aus der Auftaktveranstaltung vertieft und ausgearbeitet. Die Ergebnisse wurden von der Lenkungsgruppe zusammengeführt und bearbeitet und anschließend im Forum für Migrantinnen und Migranten vorgestellt und diskutiert. Dann erhielten die an der späteren Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen beteiligten Ämter der Stadtverwaltung die Möglichkeit einer ersten Stellungnahme. Anmerkungen, Ergänzungen und Korrekturvorschläge aus den Ämtern wurden durch die Lenkungsgruppe eingearbeitet.

Die abgestimmten „Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel“ wurden 2007 veröffentlicht. In den Integrationsberichten 2009 und 2011 wurde jeweils über den Stand der Umsetzung berichtet. Die Berichte sind im Referat für Migration erhältlich. Neben den Ausschüssen und der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel wurde das Forum für Migrantinnen und Migranten über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen informiert, um diese kritisch zu begleiten und Anregungen für eine Weiterentwicklung zu geben.

Aufgrund der weltweiten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen hat Kiel ab dem Jahr 2015 eine noch größere Zahl an Geflüchteten aus den unterschiedlichsten Ländern aufgenommen als zuvor. Bis Anfang 2017 sind insgesamt etwa 4.500 Menschen nach Kiel gekommen, um hier Schutz vor Verfolgung, Krieg und Not zu suchen. Die meisten davon kamen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Eritrea. Die Unterbringung und Integration dieser Menschen hat die Landeshauptstadt Kiel vor besondere Herausforderungen gestellt. Insbesondere die Unterbringung bedurfte eines finanziellen und organisatorischen Kraftakts. Vier von der Stadt beauftragte Betreuungsträger (AWO Kreisverband Kiel e.V., DRK Kreisverband Kiel e.V., Diakonisches Werk Altholstein GmbH und der Christliche Verein zur Förderung sozialer Initiativen Kiel e.V.) kümmern sich seitdem um die in Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Wohnungen untergebrachten Menschen.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden durch das Land Schleswig-Holstein Mittel für die Einrichtung von „Koordinierungsstellen für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen“ in den Kreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt. Die Koordinierungsstellen – angesiedelt im Referat für Migration im Amt für Soziale Dienste und im „nettekieler Ehrenamtsbüro“ – haben die Aufgabe übernommen, die vorliegenden „Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel“ fortzuschreiben und um neue Bedarfe aufgrund des Zuzugs von Geflüchteten zu erweitern. Die Ratsversammlung wurde am 16.03.2017 über dieses Vorgehen informiert (Drs. 0104/2017).

In einer Auftaktveranstaltung am 27.02.2017 wurden die beteiligten Ämter, das Forum für Migrantinnen und Migranten, die Betreuungsträger sowie weitere soziale Träger eingeladen, sich zwischen April und Juli 2017 in sieben verschiedenen Arbeitsgruppen zusammenzufinden. Die Arbeitsgruppen entsprachen den Themenschwerpunkten aus den bestehenden Handlungsempfehlungen und wurden um den Themenschwerpunkt „Bürgerchaftliches Engagement“ ergänzt. In einem intensiven Arbeitsprozess wurden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitsgruppen die Handlungsempfehlungen um neue Aspekte und Erfahrungen hinsichtlich der neuen Integrationsaufgaben erweitert. Die neu hinzugekommenen Punkte sind durch Verwendung kursiver Schrift zu erkennen. Die bestehenden Handlungsempfehlungen sind – bis auf geringe sprachliche Anpassungen – nicht verändert worden.

Der Vorstand und die Mitglieder des Forums für Migrantinnen und Migranten wurden in einer gesonderten Sitzung um Stellungnahme und Erfahrungsaustausch gebeten. Auch diese Ergebnisse sind in die hier vorliegenden Handlungsempfehlungen miteingeflossen.

Interkulturelle Bildung und Erziehung

Bei den Kenntnissen der deutschen Sprache von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund gibt es nach wie vor erhebliche Defizite.

Die konsequente Umsetzung interkultureller Pädagogik und Förderung der Sprachentwicklung in der Erst- und Zweitsprache sollte daher das gemeinsame Ziel für alle Kindertagesstätten und Schulen in der Landeshauptstadt Kiel sein. Sprachförderung sollte daher zum selbstverständlichen Alltag in den Einrichtungen gehören.

Wichtig ist dabei einerseits die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen allen Beteiligten, andererseits sollte interkulturelle Pädagogik im Alltag gelebt und vorgelebt werden, z. B. durch Wertschätzung der Muttersprache und Mehrsprachigkeit des Personals.

Eine besonders wichtige Rolle bei der Umsetzung interkultureller Pädagogik und Sprachentwicklung spielen die Träger von Kindertagesstätten und Schulen. Ihnen obliegt es, die Bedeutung von interkultureller Pädagogik und Sprachförderung als Multiplikatoren zu vergrößern, u.a. dadurch, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnet wird, sich intensiv fortzubilden.

Im Bereich der Deutsch-Sprachförderung Erwachsener gibt es nach wie vor einen großen Bedarf bei Migrantinnen und Migranten, die bereits seit längerem in Kiel leben. Für ihre Integration in das Arbeits- und Alltagsleben ist die Beherrschung der deutschen Sprache von elementarer Bedeutung. Deshalb ist es hilfreich, wenn der Zugang zu den Integrationskursen des Zuwanderungsgesetzes für diesen Personenkreis bestehen bleibt.

Die gestiegene Zuwanderung von Flüchtlingen im Jahr 2015 hat Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich. Betreuungsplätze für Kinder werden stark nachgefragt. Eine gesicherte Kinderbetreuung ist wichtig, um die Kinder so gut wie möglich auf die Einschulung in eine Regelklasse vorzubereiten, aber auch, damit Eltern ihre Kinder versorgt wissen, um selbst einen Sprachkurs besuchen zu können. Eine schnelle Einmündung in qualifizierte Sprachkurse ist entscheidend für die weitere berufliche Qualifizierung. Bei der Wahl des richtigen Sprachkurses hat sich gezeigt, dass viele Alphabetisierungskurse und Zweitschriftlernkurse nachgefragt werden. Der Zugang zu Sprachkursen ist nicht für alle Personengruppen zufriedenstellend geregelt. Zugewanderte aus bestimmten Herkunftsländern müssen den Ausgang ihres Asylverfahrens abwarten, um einen Integrationskurs besuchen zu dürfen. Dabei hat sich gezeigt, dass ein zügiger Spracherwerb und die Möglichkeit eines uneingeschränkten Zugangs zu Sprachkursen zu den wichtigsten Prämissen für eine gelingende Integration in die aufnehmende Gesellschaft und Arbeitswelt gehören. Schulpflichtige Kinder mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen münden zeitnah über eine zentrale Anmeldestelle ins Bildungssystem. Fast alle Kieler Schulen unterrichten Deutsch als Zweitsprache.

Interkulturelle Bildung und Erziehung

U3 + Elementarbereich

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Systematische Beobachtung und Dokumentation von Sprachstand und Sprachentwicklung bei Migrantenkindern	1. Verwendung von einheitlichen Beobachtungsbögen in allen Kindertageseinrichtungen (z. B. SISMIK)	Mittelfristig in allen Kindertagesstätten (Kitas) Langfristig als Grundlage für den Übergang Kita- Schule.	Fortbildungskosten, Material- und Arbeitszeit	Zentral gesteuerte und regional angebotene Fortbildungen durch das Bildungsministerium des Landes.
2.	Deutschförderung in Kindertagesstätten durch Sprachförderung im Alltagsgeschehen und zusätzliche systematische Sprachförderung (mindestens in solchen mit einem Migrantenanteil über 50%)	1. Kleine Gruppen in Kitas (Personalschlüssel ist festzulegen ²) 2. Sprachfreundlicher, sprachanregender Tagesablauf unter Einbeziehung zusätzlicher Personen wie Eltern, Ehrenamtliche, Praktikant/innen 3. Aktive Akzeptanz des kulturellen Hintergrunds durch vollständige Informationen und Hinweisschilder, Feiern der jeweiligen Feste, Raumgestaltung, Materialangebot etc.	Mittelfristig Mittelfristig Kurzfristig	Im Rahmen der Kitafinanzierung durch das Land und die Kommune Keine Keine	Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel Kita-Träger vor Ort Kita-Träger vor Ort
3.	Begleitung der Kinder in ihrer Sprachentwicklung	1. Ganzheitliches Lernen statt isoliertes Sprachtraining als pädagogisches Konzept 2. Einführung und Anwendung vorhandener Sprachförderkonzepte (z. B. „LEMMMA“, „Rucksack“, „Redefix“ o.ä.)	Kurzfristig Mittelfristig	Keine Über Fördermittel, eigene Fortbildungsmittel	Kita-Träger Fortbildungsträger + Kita-Träger

² Das Personalamt der Landeshauptstadt Kiel weist darauf hin, dass neue Stellen nur geschaffen werden können, wenn ein unabweisbarer Bedarf besteht und eine Kompensati-

		3. Einbringen persönlicher interkultureller Kompetenzen	Kurzfristig	Keine	Jede/r Mitarbeiter/in
4.	Erleichterter Übergang Kindergarten-Schule	<p>1. Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindergarten und kreative Ideen (z. B. Mettenhof „Interkulturelles Lernen“) unter Einbeziehung der Eltern.</p> <p>2. Zusammenarbeit zwischen Kitas und DaZ-Zentren³ <i>Die DaZ-Beschulung erfolgt in fast allen Kieler Schulen und nicht mehr in Zentren. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen ist wichtig für eine schnellere Integration in den regulären Schulbetrieb.</i></p> <p>3. Gemeinsame Fortbildungen mit Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften</p>	Mittelfristig	Arbeitszeit und Fortbildungsangebote	Schulträger, Schulträger, Fortbildungsträger + Kita-Träger und Kitas
			Mittelfristig	Arbeitszeit und Fortbildungsangebote	Kita-Träger und DaZ-Zentren (<i>alle Schulen mit DaZ-Klassen</i>)
			Mittelfristig	Arbeitszeit und Fortbildungsangebote	Fortbildungsträger (z. B. IQSH - Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen) + Kita-Träger

³ DaZ: Deutsch als Zweitsprache. DaZ-Zentren sind Schulen, die Kindern ohne Deutschkenntnisse vorrangig vor dem allgemeinen Unterricht eine konzentrierte Deutschförderung anbieten.

<p>5. Information der Eltern über</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bedeutung der Erstsprache⁴ für die Entwicklung der Kinder und für den gesamten Spracherwerb und den Zusammenhang von Erwerb der Zweitsprache und frühem Kita-Besuch (ab 3 Jahre) 	<p>1. Mehrsprachige Informationen an zukünftige Kindergarteneltern zum Spracherwerb und Bildungssystem.</p> <p>2. Individuelle Beratung, Informationsveranstaltungen und / oder persönlicher Brief an zukünftige Kindergarteneltern</p>	<p>Mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Mittel</p>	<p>Zuständiges Ministerium</p>
<p>6. Unterstützung der Eltern bei der sprachlichen Förderung ihrer Kinder</p>	<p>1. Förderung von Projekten wie „Lernen mit Mama“ (Hausbesuche geschulter Helferinnen bei Migranteneitern mit kleinen Kindern) oder Spielgruppen vor dem Kita-Besuch.</p> <p>2. Variable Betreuungszeiten, um Eltern Sprachkurse zu ermöglichen (z. B. nachmittags und in den Ferien)</p>	<p>Mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Mittel</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel, Amt für Schule, Kinder- und Jugendrichtungen (Amt 54)</p>
<p>7. Erstsprache der Kinder fördern</p>	<p>Beteiligung von Eltern im Kindergartenalltag und Einbringen ihrer Kompetenzen.</p>	<p>Kurzfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel - Amt 54, und Kita-Träger</p>
<p>8. Kindertageseinrichtungen als Orte der Begegnung</p>	<p>1. Räumlichkeiten der Träger für Treffs, Informationsveranstaltungen, Elternkurse, Elternfortbildungen etc. zur Verfügung stellen</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Raumkosten, laufende Kosten, Instandhaltungskosten</p>	<p>Kita-Träger und Kitas</p>

		<p>2. Bei Neu- und Ausbau von Kitas Räume für Veranstaltungen, Treffs, Elternkurs etc. planen</p> <p>3. Ausbau von Familienzentren, um vor Ort bedarfsge-rechte Angebote zu machen.</p> <p>4. Ausbau Eltern-Kind Gruppen, damit Eltern ihre Kleinkinder in der Entwicklung begleiten können</p> <p>5. Ausbau von Willkommensgruppen/ niedrigschwelligen Angeboten für neue Familien in Stadtteilen, bzw. in der Nähe von Gemeinschaftsunterkünften, um das Ankommen und Kennenlernen zu erleichtern.</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Kommunale Mittel</p> <p>Landesmittel</p> <p>Kommunale Mittel</p> <p>Kommunale Mittel</p>	<p>Kita-Träger vor Ort</p> <p>Kita-Träger vor Ort</p> <p>Kita-Träger vor Ort</p> <p>Kita-Träger vor Ort</p>
9.	Qualitätssicherung	<p>1. Entwickeln und Umsetzen von interkulturellen Konzepten mit dem Schwerpunkt „Spracherwerb“ für alle Träger</p> <p>2. Entwicklung von Fortbildungskonzepten</p> <p>3. Bestehende Fortbildungsangebote, Kitakonzepte und Instrumente weiterentwickeln.</p> <p>4. Verstärkte Zusammenarbeit mit Migrationsdiensten, Erziehungsberatung und Kinderschutzzentren.</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Personal- und Sachkosten</p> <p>Personal- und Sachkosten</p> <p>Personalkosten</p> <p>Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Kita-Träger vor Ort</p> <p>Kita-Träger vor Ort</p>

<p>10. Personalentwicklung</p>	<p>1. Träger übergreifende Fort- und Weiterbildung in „Interkultureller Kompetenz und Umgang mit Mehrsprachigkeit“ für alle Fachkräfte in Kitas mit Migrantenanteil.</p> <p>2. Verstärkte Einstellung von pädagogischem Personal mit Migrationshintergrund (z. B. entsprechende Kennzeichnung in Ausschreibungen) als muttersprachliche Ansprechpartner/innen und Kulturmittler/innen</p> <p>3. Dolmetscher-Pool für Kitas, Schulen und Eltern nutzen können</p> <p>4. <i>Fortbildung/ Coaching/ Beratung zur Traumapädagogik, Bewältigung von Gewalterfahrungen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern.</i></p> <p>5. <i>Mehrsprachiges Personal für Kitas aus- und weiterbilden (z.B. mehr Praktikumsplätze zur Berufsorientierung, Konzepte für Ausbildung im dualen System)</i></p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Mittel- und langfristig</p>	<p>Fortbildungskosten, Arbeitszeit im Rahmen vorhandener Mittel</p> <p>Keine</p> <p>s. Öffnung der Verwaltung</p> <p><i>Fortbildungs- und Beratungskosten durch zusätzlichen Fachberatungserlass des Landes</i></p> <p><i>Finanzierung durch Land und Kommune</i></p>	<p>Fortbildungsangebote der Kita-Träger und kommunale Fortbildungseinrichtungen</p> <p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p><i>Kita-Träger vor Ort</i></p> <p><i>Land Schleswig-Holstein und Landeshauptstadt Kiel</i></p>
--------------------------------	--	--	---	--

11.	<p>Platzangebot für alle Kinder mit Rechtsanspruch in der Kindertagesbetreuung, insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus geflüchteten Familien, um Teilhabe und Integration von Anfang an zu fördern</p>	<p>Weiterer Ausbau Kita und Tagespflege-Plätze (siehe Bedarfsplanung im Jugendamt der Landeshauptstadt Kiel)</p>	Mittelfristig	Landesmittel und kommunale Mittel	Landeshauptstadt Kiel
12.	<p>Alltagsintegrierte Sprachliche Bildung/ systematische Sprachförderung und Begleitung der Kinder in ihrer Sprachentwicklung</p>	<p>1. Sprach-Kita, unterstützt durch zusätzlich ausgebildete Sprachfachkräfte und begleitet von zusätzlichen Sprachfachberatungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sprachentwicklungsstand der Kinder einschätzen (z.B. durch DJI Materialien, Video Beobachtung, Sprachstandanalysen) - Dialogische Haltung, positiven Blick und Interaktion mit geeigneten Konzepten fördern - Sprachliche Entwicklung in allen Bildungsbereichen bewusster fördern (z.B. Bewegung, Kreativität, Förderspielen, Rollenspiel etc.) - Eltern mehr in die sprachliche Bildung ihrer Kinder einbeziehen 	Mittelfristig	Bundesmittel	Kita-Träger vor Ort

		<p>2. Kompetenzen mehrsprachiger Kinder wertschätzen und fördern (z.B. durch Angebote in Erstsprachen von mehrsprachigen Fachkräften, Internationale Bilderbuch-Kinos, Lesepaten und Lesepatinnen usw.)</p> <p>3. Kleinere Gruppen einrichten, in Kitas in Stadtteilen mit besonders hohem Migrationsanteil und Integrationsleistungen</p>	Kurzfristig	Keine	Kita-Träger vor Ort
		<p>1. Ausbau zusätzlich angestellter mehrsprachiger Fachkräfte (Begleitung der Eltern in der Einrichtung, bei der Eingewöhnung, Erziehungsfragen, Elterngespräche und muttersprachliche Elternangebote, Elterncafés etc.)</p> <p>2. Einstellung von Kitalotsinnen und -lotsen (Vermittlung und Ankommen in den Kitas als Sprach- und Kulturmittler/innen)</p> <p>3. Bei Elterngesprächen verstärkt Dolmetscher-Dienste einsetzen.</p>	Kurzfristig	Kommunale Mittel	Kita-Träger vor Ort
		<p>1. Bestehende Eingewöhnungskonzepte auf geflüchtete Familien erweitern (z.B. durch Hausbesuche, mehr Personaleinsatz)</p> <p>2. Zusammenarbeit mit Schule und DaZ-Zentren fördern</p>	Mittelfristig	Arbeitszeitkosten	Kita-Träger vor Ort
13.	Zusammenarbeit mit geflüchteten Familien und Familien mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen fördern		Kurzfristig	Kommunale Mittel	Kita-Träger vor Ort
14.	Transitionskonzepte (Übergänge) weiterentwickeln		Mittelfristig	Arbeitszeitkosten und Fortbildungskosten	Kita-Träger vor Ort

Bereich Schule

Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1. Deutschförderung	<p>1. Bedarfsgerechtes Angebot des DaZ-Förderunterrichts</p> <p>2. Lehrmaterial mit Bezug zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Lebenswelt von Migrant/innen <i>Dabei wird lerndifferenziertes Lehrmaterial verwendet.</i></p> <p>3. Ehrenamtliche Kräfte anwerben (Sprache, Vorlesen, Hausaufgabenhilfe) <i>Ausbau von Konversationsangeboten</i></p> <p>4. Spezielle Förderung von Hauptschüler/innen vor dem Schulabschluss.</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz und mittelfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, evtl. Aufwandsentschädigungen</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten</p> <p>Keine</p>	<p>Zuständiges Ministerium, (Landeshauptstadt Kiel, Schulen)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium, Schule</p>
2. Integration der Seiteneinsteiger/innen	<p>1. Deutschförderung in DaZ – Zentren, auch in Realschulen und Gymnasien</p>	Kurzfristig	Keine	Zuständiges Ministerium Landeshauptstadt Kiel, Schulen
3. Gleichberechtigte Teilnahme von Mädchen und Jungen	<p>Ergänzendes Anbieten von geschlechtsspezifischem Unterricht, um die Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen (z. B. im Sport- und Sexualkundeunterricht)</p> <p><i>Die Teilnahme an Klassenfahrten wird unterstützt.</i></p>	Mittelfristig	ggf. Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Schule
4. Verhinderung von Gewalt	<p>1. Gewaltpräventionsschulung als Pflicht an den Schulen</p>	Mittelfristig	Fortbildung, Schulung	Schule, Land Schleswig-Holstein, Landeshauptstadt Kiel

				Land Schleswig-Holstein
	2. Aufnahme von Maßnahmen zur Gewaltprävention in die Ausbildung von Lehrer/innen und Erzieher/innen	Langfristig	Keine	
	3. niedrigschwellige, evtl. muttersprachliche Elternkurse und Erziehungsberatungsangebote, z. B. in ethnischen Vereinen	Langfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Freie Träger
	4. <i>Einbeziehung der Eltern in Informations-/ Aufklärungsgepassende Projekte/ Beratungsangebote.</i>	Kurzfristig	Arbeitszeit	Schulen
5. Orientierung von Eltern und Kindern	1. Benennung von „Migrationsbeauftragten“ an Schulen mit hohem Migrant/innenanteil als Brückenfunktion zwischen Schule – Eltern – ethnischen Vereinen – Beratungsstellen und Regeldiensten .	Mittelfristig	Evtl. Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen
<i>Orientierung im Bildungssystem</i>	2. Mehrsprachige Informationen zum Bildungssystem, evtl. Kieler Schulinfoheft	Mittelfristig	Druck- und Übersetzungskosten	Zuständiges Ministerium; Landeshauptstadt Kiel
	3. Austausch mit Eltern über Erwartungen von Schule an Eltern und von Eltern an Schule	Kurzfristig	Keine	Schulen, Migrationssozialberatungsstellen, Regeldienste

		<p>4. Einbeziehen von Lehrer/innen mit Migrationshintergrund für Kurse, AG's, Veranstaltungen, Hausaufgabenhilfen etc. sowie als muttersprachliche Ansprechpartner/innen und Kulturmittler/innen</p> <p>5. Einbeziehung des kulturellen Hintergrunds (z. B. Feiern der jeweiligen Feste, Raumgestaltung, Materialangebot etc.)</p> <p>6. <i>Vorhalten von Beratungsangeboten für verschiedene Bildungsübergänge</i></p>	Mittelfristig	Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Schulen
			Kurz- und Mittelfristig	Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten	Zuständiges Ministerium, Schulen
			Langfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Jugendmigrationsdienste
6.	Förderung der Teilhabe von (Migranten)Eltern	<p>1. „Lehrer/innen-Abende“ oder „Elterntage“ bei Interessenvertretungen/ Vereinen/ Selbstorganisationen von Migrant/innen</p> <p>2. Einbeziehen von erwachsenen Sprachmittler/innen bei Elternabenden, z.B. von Lehrer/innen mit Migrationshintergrund</p>	Mittel- oder kurzfristig	Im Rahmen vorhandener Personalmittel	Schulen, Vereine und Selbsthilfegruppen
			Mittelfristig	Evtl. Honorarkosten	Schulen, Vereine und Selbsthilfegruppen, Landeshauptstadt Kiel
7.	Außerschulische Förderung	<p>1. kommunale Kofinanzierung landesgeförderter Deutschsprachkurse für Kinder mit Migrationshintergrund schaffen (70 % Land/ 30 % Kommune)</p> <p>2. Fortführung der schulergänzenden und Ferien-Kurse, wie z. B. bei der VHS</p>	Mittelfristig	Anteilige Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel
			Findet bereits statt	Anteilige Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Sprachkursträger

	<p>3. <i>Non-formale Bildungsangebote fördern</i></p> <p>4. <i>Ergänzender Fachunterricht auf Deutsch und in der Muttersprache.</i></p> <p>6. <i>Förderung der Mehrsprachigkeit (Erhalt der Muttersprache in Wort und Schrift)</i></p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Projektkosten</p> <p>Projektkosten, Personalkosten</p> <p>Projektkosten</p>	<p>Schulen, Vereine, Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Schulen, Vereine, Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Schulen, Vereine, Landeshauptstadt Kiel</p>
8.	<p>Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen</p>	<p>Langfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Jugendhilfe, Schule, Träger von Hausaufgabenhilfe, Betreuungseinrichtungen, Migrationssozialberatung, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsagentur, Schule, Kita, ethnische Vereine und Selbsthilfegruppen, Sprachkursträger</p> <p><i>Kirche, Initiativen und Ehrenamt</i></p>
9.	<p>Anspruch auf Schulbesuch bis zum 25. Lebensjahr ermöglichen, um den ersten allgemeinbildenden Schulabschluss erwerben zu können.</p>	<p>Kurzfristig</p>	<p>Raumkosten, Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Träger von Lern- und Hausaufgabenhilfen, Landeshauptstadt Kiel (Schule)</p>
		<p>Kurzfristig</p>	<p>Personal- und Raumkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel und zuständiges Ministerium</p>

10.	Qualifizierung von Lehrkräften verbessern	1. Interkulturelle Schulungen 2. Fortbildung/ Sensibilisierung über Traumatisierung 3. Angebote zur Supervision/ Coaching	Kurzfristig	Arbeitszeit und Fortbildungsangebote	Schulen und zuständiges Ministerium
			Kurzfristig	Arbeitszeit und Fortbildungsangebote	Schulen und zuständiges Ministerium
			Kurzfristig	Honorarkosten	Schulen und zuständiges Ministerium

Bereich Sprachförderung für Erwachsene

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Übersichtlichkeit und bessere Nutzung des vorhandenen Angebots an Sprachkursen. Bedarfsorientiertes Angebot an Kursen organisieren.	1. Aussagekräftige und aktuelle Informationen der Sprachkurs-träger (Art, Inhalt, Zielgruppe, Qualifikation der Lehrkräfte, Lernziele, Preise der Kurse) zentral zusammenfassen und veröffentlichen (z. B. Homepa-ge Landeshauptstadt Kiel, bzw. mit Link zu Trägern) 2. Ansprechstelle in der Stadt für alle Anliegen der Sprach-förderung	Kurzfristig	Keine	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Integrations-kurstäger, Landeshauptstadt Kiel und Migrationserstberatungsstellen
2.	Anpassung des Angebotes und der Lerninhalte an die Möglichkeiten der Teilnehmer/innen	1. Auswertung der Sprachkur-se durch die Träger und/ oder durch unabhängige Stellen 2. Förderung flexibler Kurse Förderung von Sprachkursen mit hohem lebenspraktischem Anteil (z. B. Exkursionen, Be-sichtigungen, Rollenspiele etc.) 3. Sicherstellung erforderlicher Kinderbetreuung für die Teil-nahme an Integrationskursen, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren	Kurzfristig Mittelfristig Kurzfristig	Raumkosten, Personalkos-ten Personalkosten bei den Trägern Kurskosten Kinderbetreuungskosten	Landeshauptstadt Kiel (Referat für Migration) in Kooperation mit Sprachkurstägern (heute Aufgabe des Bildungsma-nagements im Dezernat V) Sprachkurstäger Landeshauptstadt Kiel Landeshauptstadt Kiel, ARGE ⁵ Kiel (Arbeitsverwaltung), Integrati-onskurstäger, BAMF

⁵ Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur Kiel und Landeshauptstadt Kiel. Seit 2011 ist die ARGE in eine gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt Kiel und der Bundes-

		4. Verringerung der Wartezeiten für passende Sprachkurse (z.B. Alphabetisierung, speziell für Frauen/ Eltern mit Kinderbetreuung sowie Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen)	Kurzfristig	Kurskosten	BAMF und Sprachkursträger
3.	Begegnung und Kontakte im Stadtteil fördern	Öffnung von Schulen – auch nachmittags und abends und in den Ferien für Sprachkurse, Kommunikationskurse, Gesprächskreise, ehrenamtliche Angebote, Sportaktivitäten	Kurzfristig	Personalkosten (Hausmeister, Reinigungskräfte)	Landeshauptstadt Kiel und Sportvereine
4.	Nutzung vorhandener Ressourcen	Nutzung der Sprachlabore an Uni und Schulen	Kurzfristig	Personalkosten (Hausmeister, Reinigungskräfte, Lehrkräfte)	Landeshauptstadt Kiel Universität Kiel
5.	Angebot auch für Migrant/innen, die bereits länger in Kiel leben und/oder eingebürgert sind und die deutsche Sprache ungenügend beherrschen	1. Förderung von Sprachkursen v. a. für „Alteinwanderer/innen“, die nicht (mehr) an den Bundesgeförderten Kursen partizipieren können. 2. Ausbau beruflicher Deutschförderung	Mittelfristig	Personal- und Sachkosten	Landeshauptstadt Kiel, ARGE Kiel ⁵ (Arbeitsverwaltung)
6.	Zugang zum Integrationskurs auf alle Neuzuwandernden ausweiten	Die Landeshauptstadt Kiel setzt sich gegenüber dem Land Schleswig-Holstein und dem BAMF für eine Umsetzung ein.	Kurzfristig	Personal- und Sachkosten Kurskosten	Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit Landeshauptstadt Kiel, zuständiges Ministerium und BAMF
7.	Qualitätssicherung der Sprachkurse	Entwicklung gemeinsamer Qualitätsstandards, die messbar und vergleichbar sind.	Kurzfristig	Arbeitszeit	Kieler Sprachkursträger in Zusammenarbeit mit den Migrationsfachdiensten

⁵ Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur Kiel und Landeshauptstadt Kiel. Seit 2011 ist die ARGE in eine gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt Kiel und der Bundesagentur für Arbeit umgewandelt worden.

Bereich Religiöse Belange

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitrahmen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Förderung der interreligiösen Begegnung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Unterstützung interreligiöser Kontakte, z. B. interreligiöser Arbeitskreis, Aktivitäten für Frieden der Religionen 2. Herausgabe, Vorstellung und Aktualisierung eines Heftes über „Religionen in Kiel“ mit den Möglichkeiten interreligiöser Begegnung 3. Anregung bei Schulen, Synagogen, Kirchen, Moscheen u.ä., Zentren anderer Religionen zu besuchen. 4. Unterstützung bei anderen interreligiösen Projekten im Unterricht, im Rahmen der Zuständigkeit des Schulträgers 5. Ausbau des Angebotes „interreligiöse Stadtrundfahrt“ zur Wissensvermittlung über andere Religionen und Weltanschauungen. 6. Den Austausch mit den Städtepartnerschaften intensivieren 7. Stärkere Zusammenarbeit mit Moscheevereinen, um den Kontakt zu Flüchtlingen zu halten. 	<p>Kurzfristig</p> <p>Bereits vorhanden. Aktualisierung mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Im Rahmen der Mittel des Referates für Migration</p> <p>Druckkosten</p> <p>Keine</p> <p>Keine</p> <p>Personalkosten, Fahrtkosten</p> <p>Keine</p> <p>Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel, Religionsgemeinschaften</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Interreligiöser Arbeitskreis, Religionsgemeinschaften</p> <p>Schulrätin/ Schulrat, Landeshauptstadt Kiel (Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen), Religionsgemeinschaften</p> <p>Schulräte, Landeshauptstadt Kiel (Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen), Religionsgemeinschaften</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Interreligiöser Arbeitskreis</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p>

<p>2. Gegenseitiger Respekt und Achtung der unterschiedlichen Religionen und gegenüber Menschen ohne Religionszugehörigkeit</p>	<p>1. Erhalt des muslimischen Gräberfeldes auf dem Ostfriedhof <i>Diese Empfehlung gilt auch für andere erhaltungswürdige religiöse/ kulturelle Gedenkstätten.</i></p> <p>2. Erhalt des Raumes für Seelsorge und Gebet im Städtischen Krankenhaus, Verbesserung der Hinweisschilder, sowie Einrichtung eines solchen Raumes in der Universitätsklinik</p> <p>3. Fortführung der Werbung um Verständnis und Toleranz</p>	<p>Wird bereits geleistet</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Laufend</p>	<p>Im Rahmen der Mittel des zuständigen Amtes</p> <p>Sachkosten</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Städtisches Krankenhaus, Universitätsklinik</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Religionsgemeinschaften</p>
---	---	---	--	---

Jugend und Ausbildung

Die Integration der Jugendlichen aus Migrantenfamilien muss mit besonderem Gewicht unterstützt werden, da dies einen unmittelbaren Einfluss auf das zukünftige Leben in unserer Gesellschaft und damit auch in der Kommune hat. Die vorhandenen Potentiale werden häufig nicht erkannt, weiter entwickelt und genutzt, der Zugang zu Bildungs-, Berufs- und Freizeitmöglichkeiten ist erschwert.

Dies gilt nicht nur für Jugendliche, die noch nicht lange in Deutschland leben, sondern auch für viele, die hier aufgewachsen sind. Studien und Statistiken belegen, dass junge Migrantinnen und Migranten immer noch nicht die gleichen Chancen in Bildung und Ausbildung haben, da das vorhandene Bildungssystem nicht auf deren spezifische Bedarfe ausgerichtet ist.

Migranteneltern stehen in der Verantwortung, ihre Kinder auf deren Bildungs- und Ausbildungsweg zu motivieren und zu fördern. Dies gilt für Mädchen und Jungen gleichermaßen. Neben den öffentlichen Diensten sind hier ebenso Migrantenselbstorganisationen und -vereine gefordert, ihre „Community“ zu informieren und zu unterstützen.

Mit einem verstärkten interkulturellen Bewusstsein und der interkulturellen Öffnung von Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Anlaufstellen für Jugendliche kann und muss der Zugang für junge Migrantinnen und Migranten verbessert werden.

Sport kann einen wichtigen Beitrag zur Integration von Jugendlichen leisten. Besondere Projekte, aber auch die Sportvereine in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil, erreichen viele Jugendliche und fördern Fairness und Respekt. Anzustreben ist eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in deutschen Sportvereinen, aber auch in weiteren ehrenamtlichen Bereichen wie Umwelt- und Naturschutzorganisationen, Freiwillige Feuerwehr, Pfadfinder, Amateurtheater, Technisches Hilfswerk u. ä. Daneben können auch Angebote in Migrantenvereinen selbst einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Neuzugewanderte benötigen oftmals individuelle Unterstützungs- und Beratungsangebote, um das duale Ausbildungssystem kennenzulernen und in eine Ausbildung zu münden. Damit Abbrüche vermieden und Ausbildungen erfolgreich abgeschlossen werden können, ist es wichtig, dass Neuzugewanderte auch während ihrer Ausbildung, insbesondere in der Berufsschule, unterstützt werden.

Jugend und Ausbildung

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Verbesserung des Zugangs der Jugendlichen zu Beratungs- und Hilfsangeboten	<ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung des interkulturellen Bewusstseins in den Einrichtungen 2. Aktives Zugehen auf die Jugendlichen 3. Differenziertes und geschlechtsspezifisches Angebot von Fördermaßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss, bzw. ohne Lehrstelle 4. Zusammenarbeit von Integrationsdiensten und Schulen 5. Interkulturelles Training für Mitarbeiter/innen von Einrichtungen, die mit Jugendlichen zu tun haben 6. <i>Ausbau und Stärkung der Jugendzentren in den Stadtteilen</i> 	<p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig, teilweise bereits vorhanden</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Fortbildungskosten</p> <p>Im Rahmen vorhandener Personalmittel</p> <p>Projektkosten</p> <p>Fortbildungskosten</p> <p>Fortbildungskosten</p> <p>Personalkosten</p> <p>Keine</p>	<p>Einrichtungen der Jugendarbeit bei städtischen und Freien Trägern, Schule</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Freie Träger, Schule, <i>Arbeitsverwaltung</i></p> <p>Arbeitsverwaltung, Freie Träger, <i>Schulen</i></p> <p>Schule, Jugendmigrationsdienste</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Freie Träger, Arbeitsverwaltung</p> <p><i>Landeshauptstadt Kiel</i></p> <p>Wirtschaft, Industrie- und Handwerkskammer (IHK), Handwerkskammer, Schulen, Vereine, Migrationssozialberatung, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger</p>
2.	<p>Verbesserung des Zugangs zu Lehrstellen und Arbeit.</p> <p><i>Eine Verbesserung des Zugangs auch für Wege in die Selbständigkeit.</i></p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verstärkte Beratung über Ausbildungswege und Lehrstellen bei Migrant/innen 	<p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Wirtschaft, Industrie- und Handwerkskammer (IHK), Handwerkskammer, Schulen, Vereine, Migrationssozialberatung, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger</p>

	<p>2. Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit nach Schulabschluss, bzw. wenn keine Schulpflicht mehr besteht. <i>Diese Empfehlung gilt auch, wenn noch kein Schulabschluss erlangt werden konnte.</i></p> <p>3. Aktives Zugehen auf die Jugendlichen, um sie und ihre Eltern mit Ausbildern in Verbindung zu bringen (wie am Beispiel der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft - BEQUA in Flensburg)</p> <p>4. Nutzung und Mobilisierung der Potentiale von Migrant*innen Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen</p> <p>5. Kontinuierliche Begleitung Jugendlicher über verschiedene Einzelmaßnahmen hinaus zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit</p> <p>6. Ausbau von Vermittlungsstellen/innen zwischen Betrieben und Migrant*innen</p> <p>7. Abbau von vermeidbaren Zugangsbarrieren z.B. bei Einstellungsstellen</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Projektkosten</p> <p>Projektkosten</p> <p>Projektkosten</p> <p>Projektkosten (Einwerbung von EU-Mitteln)</p> <p>Personalkosten und Projektkosten</p> <p>Keine</p>	<p>Arbeitsverwaltung, Schulen, Freie Träger</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, IHK, Handwerkskammer, Migrantenvereine, Wirtschaftsbüro Gaarden</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger</p> <p>Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Betriebe</p>
--	--	---	--	--

	3. Integration von Jugendlichen im und durch Sport	<p>8. Ausweitung der Möglichkeiten von Teilzeitausbildungen und Verlängerung der Ausbildungszeit</p> <p>9. Unterstützung von Migrant/innen bei der Einmündung in Freiwilligendienste (wie z.B. Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges ökologisches/soziales Jahr)</p>	<p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Projektkosten</p>	<p>Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Berufsschulen, Betriebe</p> <p>Freie Träger</p>
		<p>1. Fortführung der Unterstützung der Projekte „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ und „Integration durch Sport“ des Landessportverbandes</p> <p>2. Interkulturelle Öffnung von Sportvereinen, Berücksichtigung von anderen Nationalitäten und Kulturen, insbesondere auch bei der Wahl von Vorstandsmitgliedern, Trainer/innen und Schiedsrichter/innen</p> <p>3. Informationen der Träger, Beratungsstellen und Vereine über Angebote von Sportvereinen</p> <p>4. Übersetzung von Broschüren, Turnhallenordnungen, Benutzungsvorschriften nach Bedarf</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Projektkosten</p> <p>Keine</p> <p>Keine</p> <p>Keine</p> <p>Druckkosten, evtl. Übersetzungskosten</p>	<p>Land Schleswig-Holstein, Landessportverband</p> <p>Sportvereine, Landessportverband</p> <p>Sportvereine, Landeshauptstadt Kiel, Referat für Migration</p> <p>Sportvereine, Migrantenvereine, Landeshauptstadt Kiel</p>

		5. Ergänzendes Angebot von geschlechtsspezifischen Trainings, Kursen etc. 6. Interkulturelle Schulung von Übungsleiter/innen 7. Schaffung eines breiteren und weniger leistungsorientierten Sportangebots (bedarfsorientiert und niedrigschwellig) 8. Ausbildung von Migrant/innen zu Übungsleiter/innen in Sportvereinen.	Mittelfristig Mittelfristig Kurzfristig Kurzfristig	ggf. Personalkosten Schulungskosten Sachkosten, Personalkosten, Raumkosten Projektkosten	Sportvereine, Landessportverband Sportvereine, Sportverband Kiel Sportvereine, Landessportverband, Sportverband Kiel Sportvereine, Landessportverband, Sportverband Kiel
4.	Ausbildungsbegleitenden Hilfen für Migrant/innen	1. Nachhilfe in der Berufsschule 2. Ergänzender berufsspezifischer Deutschunterricht 3. Zugang zu ausbildungsbegleitenden Hilfen durch aktive Beratung	Kurzfristig Kurzfristig Kurzfristig	Personalkosten Personalkosten Personalkosten	Berufsschulen, Kammern und Innungen, Arbeitsverwaltung, Betriebe Berufsschulen, Migrationsdienste

Gesundheit, Seniorinnen und Senioren

Integration von Migrantinnen und Migranten bedeutet Herstellung von Chancengleichheit beim Zugang zu allen Bereichen (insbesondere Behandlung, Rehabilitation, Pflege einschließlich Gesundheitsförderung / Prävention). Chancengleichheit ist durch interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen des Gesundheitswesens zu erreichen.

Auch in Kiel gibt es bei der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten erhebliche Defizite. Die in der AG erarbeiteten Handlungsschritte zielen vorrangig auf die interkulturelle Öffnung der Dienste und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf eine Informationsarbeit, die den sprachlichen und kulturellen Hintergrund der hier lebenden Migrantinnen und Migranten einbezieht.

Die „Planung für Menschen mit Behinderung“ der Landeshauptstadt Kiel enthält zum Zusammenhang von Migrantinnen/Migranten und Behinderung bereits Handlungsempfehlungen zur besseren Versorgung, die in dieses Konzept ergänzend einbezogen wurden. Sämtliche Empfehlungen sind auch auf die Belange von Migrantinnen und Migranten mit Behinderung auszurichten.

Auch der „Pflegebedarfsplan“ der Landeshauptstadt Kiel sollte berücksichtigt werden, der an verschiedenen Stellen die Bedarfe von Migrant/innen einbezieht. Er ist erhältlich im Amt für Familie und Soziales der Landeshauptstadt Kiel.

Die Bereiche Gesundheit, Seniorinnen und Senioren sind in diesem Kapitel zusammengefasst. Dies ist nicht im Hinblick auf einen direkten Zusammenhang geschehen, sondern geht zurück auf die ursprünglich im Antrag für ein Integrationskonzept benannten Schwerpunktthemen. Neben den Empfehlungen in diesem Kapitel sind auch in den anderen Schwerpunkten Belange von älteren Migrant/innen berücksichtigt.

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund sind mittlerweile im Rentenalter. Insbesondere aus dem Kreis derjenigen, die einst als Arbeitsmigrant/innen gekommen sind, haben sich viele entschlossen, entgegen ihrer ursprünglichen Lebensplanung auch diesen Lebensabschnitt in Deutschland zu verbringen. Hier fehlen bislang weitgehend entsprechende Angebote der Seniorenarbeit für diese Zielgruppe. Ähnlich wie die Gesundheitsversorgung muss sich auch die ambulante und stationäre Pflege auf eine zunehmende Anzahl von Klientinnen und Klienten mit Migrationshintergrund einstellen.

Darüber hinaus sollten ältere Migrant/innen, dies gilt gleichermaßen auch für jüngere, ermutigt und motiviert werden, sich in allen Gremien und Interessenverbänden zu engagieren, um die besonderen Bedürfnisse von Migrant/innen dort einzubringen.

Gerade im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten im Alter ist es wichtig, dass ein einfacher Zugang zu gesundheitsfördernden bzw. -erhaltenden Präventionsmaßnahmen besteht. Außerdem sollten sie nicht als isolierte Sondergruppe betrachtet werden, sondern vielmehr als Teil der vielfältigen Gesamtgesellschaft. Engagierte Migrantinnen und Migranten müssen in ihrer Rolle als Multiplikatoren für Angebote und Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Akteuren und den Communities gestärkt werden. Die Gewinnung von mehr Freiwilligen (auch innerhalb der Migrantinnen und Migranten) soll gestärkt werden.

Der große Zuzug von Geflüchteten seit dem Jahr 2015 hat die Kieler Gesundheitsinfrastruktur vor große Herausforderungen gestellt: Menschen mit Kriegsverletzungen, Traumata sowie eine hohe Zahl an schwerstkranken Geflüchteten musste behandelt werden. Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, welche eine DaZ-Klasse (Deutsch als Zweitsprache) besuchen, wurden in Anlehnung an eine Schuleingangsuntersuchung in einem aufwendigen Verfahren durch das Amt für Gesundheit untersucht. Die Untersuchungsergebnisse und die Impfdaten wurden in einem eigens dafür entwickelten „Kieler Gesundheitsheft“ festgehalten. Dieses Heft wurde an die Familien ausgehändigt, um nachfolgende Untersuchungen zu vereinfachen und Mehrfachuntersuchungen zu vermeiden.

Eine der größten Herausforderungen stellt jedoch die Verständigung zwischen Arzt/Ärztin

und Migrant/in dar. Bisläng gibt es eine geeinte Vereinbarung über die Kostenübernahme für Sprachmittler/innen im Rahmen einer Traumaberatung/-therapie im Zentrum für Integrierte Psychiatrie (ZIP) des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Für weitere Sprachmittlungskosten bedarf es klärender Gespräche zwischen der Landeshauptstadt Kiel und Trägern des Gesundheitssystems.

Gesundheit, Seniorinnen und Senioren

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitrahmen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Verbesserung von Informationsmöglichkeiten zur Verringerung von Zugangshürden	<ol style="list-style-type: none"> 1. Informationsblätter zu Gesundheitsthemen werden soweit möglich mehrsprachig erstellt 2. Informationsveranstaltungen und Schulung von Multiplikatoren/innen in Vereinen und Initiativen zu Gesundheitsangeboten 3. Ausbau der Kooperation mit niedergelassenen Ärzt/innen und Krankenhäusern 4. Erstellen eines Leitfadens „Gesundheit für Migrantinnen und Migranten“ <i>Ein solcher Leitfaden sollte in mehreren Sprachen erstellt werden.</i> 5. Aktualisierung und Fortführung des Gesundheitswegweisers für Migrant/innen. Alternativ: Informationen über den Zugang zu „medindex“- und „arztindex“- Datenbanken. <i>Das Projekt wurde eingestellt. Die genannten Datenbanken sind nicht mehr aktiv.</i> 	Kurz- und mittelfristig	Evtl. Übersetzungskosten, Druckkosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Kooperation mit Migrantenvereinen und Migrationssozialberatung
			Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit dem Landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“
			Kurz- und mittelfristig	Keine	Landeshauptstadt Kiel als Koordinator zusammen mit dem Forum für Migrant/innen
			<i>Nach Bedarf</i>	Druck- und Übersetzungskosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit dem Landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“
			Kurz- und mittelfristig	Druck- und Übersetzungskosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer

		Kurz- und mittelfristig	Personalkosten	Arbeitsgeberinnen und Arbeitgeber aus dem Gesundheitsbereich in Kiel, Städtisches Krankenhaus etc.
2. Verstärkung der Forschung	<p>6. Anwerben von Migrantinnen und Migranten in Pflegeberufen , um Bedarf und Information im Bereich Gesundheit zusätzlich abzudecken.</p> <p>7. Städtische Veranstaltungen sollten auch auf gruppenspezifische Relevanz (Gesundheit, Seniorinnen und Senioren) hin überprüft und ggf. ergänzt werden (z.B. Interkulturelle Wochen).</p> <p>8. Ausweitung der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Inanspruchnahme des Seniorenpasses und des Passprogrammes</p> <p>1. Gesundheitsberichterstattung: Erstellen eines Berichtes zur Gesundheitssituation von Migrant/innen (da landesweit einheitliche Themen gewählt werden, in Abstimmung mit allen Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein) Der Bericht sollte auch eine Dokumentation der von Behindert/innen betroffenen Migrant/innen enthalten.</p> <p>2. Initiierung themenbezogener Umfragen und Untersuchungen Beispielsweise können Studien als Grundlage von Masterarbeiten das Thema Migration berücksichtigen.</p>	<p>Langfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Keine</p> <p>Projektkosten</p> <p>Projektkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel in Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern</p> <p>Landeshauptstadt Kiel - Amt für Soziale Dienste, lokale Medien, Träger, Forum für Migrantinnen und Migranten u.a.</p> <p>Landeshauptstadt Kiel im Rahmen der laufenden Berichterstattung, evtl. in Kooperation mit externen Partner (Land Schleswig-Holstein, Fachhochschulen u. ä.)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel im Rahmen der laufenden Berichterstattung, evtl. in Kooperation mit externen Partnern (Land Schleswig-Holstein, Fachhochschulen u. ä.)</p>

3.	Verbesserung der interkulturellen Kompetenz in der medizinischen Versorgung	<p>1. Geschulte Migrantinnen und Migranten als Multiplikator/innen in der Landeshauptstadt Kiel und bei Vereinen/Initiativen</p> <p>2. Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz im Gesundheitssektor, Vermittlung der kulturell bedingt unterschiedlichen Vorstellungen von Gesundheit, ggf. Fremdsprachenschulung des Personals</p>	Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Vereine, Träger der Migrationsarbeit
4.	<p>Berücksichtigung von Besonderheiten in der Gesundheitsversorgung von Migrant/innen</p> <p>1. Mehr aufsuchende, stadtteilbezogene Gesundheitsberatung</p> <p>2. Förderung stadtteilbezogener Angebote freier Träger</p> <p>3. Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund</p> <p>4. Verstärkte Berücksichtigung von migrationspezifischen Problemen (z. B. traumatisierte Flüchtlinge) bei psychosozialen Hilfen und Beratungsangeboten freier Träger</p> <p>5. <i>Kultursensible Suchtberatung mit aufsuchendem Charakter</i></p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Bei Bedarf</p>	<p>Personalkosten</p> <p>Im Rahmen vorhandener Personalmittel</p> <p>Keine</p> <p>Projektmittel</p> <p>Projektmittel</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel als Initiatorin</p> <p>Koordinierung durch Migrationssozialberatung bei der Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Personalverantwortliche bei Landeshauptstadt Kiel und Trägern</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein</p> <p><i>Landeshauptstadt Kiel in Abstimmung mit beauftragten Trägern</i></p>	

5.	<p>Verbesserung von Prävention</p>	<p>6. Mehrsprachige Informationsveranstaltungen insbesondere zu Erkrankungen wie z.B. Traumata, Demenz, Parkinson etc.</p> <p>7. Mehrsprachige medizinische Notfallinformationen, die im Geldbeutel getragen werden vor allem bei chronisch Kranken oder Schwerstkranken, um die Versorgung im Krankenhaus zu vereinfachen, wenn kein Dolmetscher/ keine Dolmetscherin zur Verfügung steht.</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Personalkosten</p>	<p>Zum Beispiel durch die Traumaambulanz des Zentrums für Integrative Psychiatrie</p>
	<p>1. Stärkere Berücksichtigung von Migrant/innen als Zielgruppe von Präventionsmaßnahmen</p> <p>Informationen rund um das Thema Gesundheit werden auf der Homepage der LH Kiel in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt.</p> <p>2. Unterstützung migrations-spezifischer Präventionsprojekte freier Träger (z. B. auch durch Fachinformation, Sachmittel, Gestaltung von Räumen etc.)</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Budgets</p> <p>Projektmittel</p>	<p>Personalkosten</p> <p>Druckkosten</p>	<p>Krankenkassen in Kooperation mit der Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) und Krankenkassen</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Zusammenarbeit mit dem landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“</p>

6.	<p>3. Vergünstigte Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber.</p> <p>4. Informationsveranstaltungen in Gewerkschaftsunterkünften zu den Themen „Psychische Gesundheit“, „Älter werden in Kiel“, „Persönliche Hygiene“ und „Gesundheit erhalten“</p>	Mittelfristig	Im Rahmen vorhandener Budgets	Seniorenbeirat und Forum für Migrantinnen und Migranten in Kooperation mit dem Landes- bzw. Kreissportverband
6.	<p>Verhinderung von Gewalt</p> <p>1. Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Migrant/innen in der Gewaltprävention</p> <p>2. Übersetzung in mehrere Sprachen der „Sicherheitstipps für Seniorinnen und Senioren Die Leitstelle „Älter werden“ sollte bei der Aktualisierung der Sicherheitstipps und allgemein bei Fragen zur Sicherheit für Seniorinnen und Senioren miteinbezogen werden.</p> <p>3. Das Thema „Häusliche Gewalt“ bedarf besonderer Beachtung in Bezug auf Geflüchtete. Aufklärung und Hilfen durch Beratungsstellen sowie gesonderte Gewaltschutzkonzepte für Gewerkschaftsunterkünfte sind hilfreich.</p>	<p>Mittel- bis langfristig</p> <p>Kurz- bis mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Maßnahmen</p> <p>Übersetzungs- und Druckkosten</p> <p>Projektmittel und im Rahmen bestehender Mittel</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Räte für Kriminalitätsverhütung (Land, Kommune), Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen</p> <p>Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein Leitstelle „Älter werden“ im Amt für Soziale Dienste</p> <p>Migrationsberatungsstellen und soziale Träger in Kooperation mit der Landeshauptstadt Kiel und den Betreuungsträgern der Gewerkschaftsunterkünfte</p>

<p>7. Verbesserte Versorgung älterer Migrant/innen⁶</p>	<p>1. Verstärkung des Migrationsaspektes in der Arbeit der „Leitstelle Älter werden“</p> <p>2. Initiierung von Selbsthilfegruppen älterer Migrant/innen</p> <p>3. Ausbau von Betreuungs- und Pflegeangeboten, die auf die speziellen Bedürfnisse von Migrant/innen ausgerichtet sind</p> <p>4. Niedrigschwellige, evtl. muttersprachliche Informationen über Hilfsmöglichkeiten im Alter</p> <p>5. Verstärkte Einbeziehung von Migrant/innen in die Arbeit der trägerunabhängigen Pflegeberatungsstelle</p> <p>6. Zugehende Informationskampagnen zur Aufklärung über Angebote und Möglichkeiten in ethnischen und religiösen Vereinen und bei ihren Funktionsträgern</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen bestehender Mittel</p> <p>Im Rahmen bestehender Maßnahmen</p> <p>Personal- und Sachkosten</p> <p>Übersetzungs- und Druckkosten</p> <p>Im Rahmen bestehender Maßnahmen</p> <p>Personal- und Sachkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Träger von Angeboten der Altenhilfe und der Migrationsarbeit, Integration in bestehende Angebotsstrukturen</p> <p>Einrichtungen und Träger der Altenhilfe</p> <p>Träger von Angeboten der Altenhilfe und der Migrationsarbeit, Landeshauptstadt Kiel – Leitstelle Älter werden</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein (Ministerium für Soziales...)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel (Leitstelle Älter werden), Träger von Angeboten der Migrationsarbeit und Altenhilfe</p>
--	---	---	--	---

⁶ In diesem Zusammenhang sollte der Projektbericht des Instituts „ifit“ vom Juli 2004 „Interkulturelle Öffnung der Altenarbeit und Pflege“ berücksichtigt werden, der die Wünsche und Anregungen von Migrant/innen und Experten aus der Migrationsarbeit in Kiel benennt aus den Bereichen „Angebote der offenen Altenarbeit“, „Angebote von Pflegeeinrichtungen“, „Wünsche an das Pflegepersonal“ und „Empfehlungen für die interkulturelle Öffnung der Pflege“. Er ist erhältlich im Amt für Familie und Soziales (*heute Amt für Soziale der Landeshauptstadt Kiel. Das „Institut für Interkulturelles Training“ (ifit) Kiel heißt inzwischen „Institut für Interkulturelles Management“ (IFIM).*

Wohnen und Wohnumfeld

„Wir wollen besser miteinander wohnen in einem guten Wohnumfeld“

Unter diesem Leitspruch hat eine Arbeitsgruppe zum Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ im Rahmen des kommunalen Integrationskonzeptes in mehreren Sitzungen Vorschläge erarbeitet. Diese beziehen sich auf

- die Stadtentwicklung: problematische Stadtteile, viele einkommensschwache und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen,
- das Wohnumfeld: Graffiti, Schmutz, Vandalismus und Achtsamkeit im öffentlichen Bereich in belasteten Stadtteilen,
- die Wohnung: Versorgungsschwierigkeiten durch Miethöhen-Problematik, Ablehnung und Diskriminierung bei der Wohnungssuche und
- Wohnkonflikte/Nachbarschaftskonflikte: Unverständnis, Misstrauen bei unterschiedlichen Kulturen.

Ziel ist es, Schritte für ein besseres Verständnis und ein besseres Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aufzuzeigen.

Dabei wird die Durchmischung von Wohnbereichen als Ziel und Aufgabe kommunaler Bemühungen gesehen, um eine soziale Ausgewogenheit zu erreichen. Auf dem Wege zur Realisierung dieses Ziels wird es erforderlich sein, Abschottungen zu vermeiden und eine Integration auch in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil zu ermöglichen.

Große und kleinere Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete sind seit 2015 für einige Stadtteile zu einer neuen Herausforderung, aber auch Chance geworden. Die Neukiekerinnen und -Kieker, die in alten Bundeswehreinrichtungen und „Containerdörfern“ wohnen, nutzen die vorhandene Infrastruktur der jeweiligen Stadtteile ebenso wie alleingesessene Kiekerinnen und Kieker und beleben vielerorts das Stadtbild beziehungsweise die Quartiere. Ein Tag der offenen Tür und die Durchführung von sogenannten „Stadtgesprächen“ haben sich beispielsweise als gute und Vertrauen schaffende Instrumente erwiesen. Transparenz bei städtischen Vorhaben, der Abbau von Berührungängsten auf beiden Seiten und das offene Ohr der Verwaltung für Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger helfen bei der Integration und dem Aufbau neuer Nachbarschaften.

Wohnen und Wohnumfeld

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Förderung interkultureller Nachbarschaften	<p>1. Bereitstellung von gutem, bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen, unabhängig von der Nationalität</p> <p><i>Die Landeshauptstadt Kiel nutzt ihre Einflussmöglichkeiten bei Investoren und Bauträgern, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern und den Bedarf an barrierearmem und familien- und seniorenrechtlichem Wohnraum zu decken, um die Verweildauer in städtischen Gemeinschaftsunterkünften so gering wie möglich zu halten. (siehe auch Masterplan Wohnen der LH Kiel vom März 2015)</i></p> <p>2. Es müssen verstärkt Strategien zur Imageverbesserung belasteter Stadtteile. z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilführer • Präsentation der Innen- und Hinterhöfe • <i>Erhöhung der Verweildauer auf öffentlichen Grünflächen durch geeignete Maßnahmen</i> 	<p>Kurzfristig</p> <p><i>Kurzfristig</i></p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Bei Vermietern</p> <p><i>Bei Vermieter/innen</i></p> <p>Projektmittel</p>	<p>Vermieter/innen, Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein</p> <p>Kooperation zwischen Landeshauptstadt Kiel und Vermieter/innen, Mieter/innen, Einzelhandel, Akteur/innen in den Stadtteilen</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Öffnung großer Einrichtungen, die wichtig für den Stadtteil sind, wie beispielsweise die Technische Fakultät der CAU in Gaarden</i> • <i>Ansprechende Gestaltung der Straßen, ausreichender Einsatz der Müllentsorgung und zügige Beseitigung von Vandalismus</i> <p>3. Maßnahmen zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer wohnortnaher Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten</p> <p>4. Das Zusammenleben im Quartier sollte durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Raum für gemeinsame Feste bieten • Möglichkeiten zum Zusammentreffen im Außenraum • Attraktive Innenhöfe • Gemeinsame Gestaltung der Innenhöfe • Bessere Ausstattung der Spielplätze 		<p>Infrastrukturkosten, bauliche Maßnahmen</p> <p>Infrastrukturkosten, bauliche Maßnahmen</p>	<p>Hier im speziellen „Soziale Stadt“ der Landeshauptstadt Kiel mit der CAU</p> <p>Einzelhandel, Versorgungsbetriebe, Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Vermieter/innen, Mieter/innen, Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein</p>
--	--	--	---	--

		<ul style="list-style-type: none"> • <i>Infrastruktur und verwaltungsseitige Hilfe für besondere Wohnformen oder Projekte wie z.B. Übergangswohnungen für junge, erwachsene Flüchtlinge oder Senioren-Wohngemeinschaften</i> • <i>Einrichtung von Quarantärebüros nach Bedarf</i> 			
		<p>5. Gezielte Öffentlichkeitskampagne in verschiedenen Sprachen zur Aufklärung und Information der Bevölkerung zu den Themen Mülltrennung, Hundehaltung und Vermeidung von Schmutz. Hausordnungen sind mehrsprachig zu verfassen.</p> <p>6. Verstärkte Kontrollen im öffentlichen Bereich und Beseitigung von Angsträumen. Verstöße sollten konsequenter sanktioniert werden.</p> <p>7. Im kommunalen Wohnraumversorgungskonzept sollten die Belange von Migrant/innen und die Ergebnisse der „Schadert-Studie“ (www.zuwanderer-in-der-stadt.de) besonders berücksichtigt werden. <i>Die Studie ist aus dem Jahr 2004 und wurde nicht aktualisiert.</i></p>	Kurzfristig		Vermieter/Innen, Landeshauptstadt Kiel (Abfallwirtschaftsbetrieb, Ordnungsamt), Mieterverein
			Mittelfristig	Übersetzungskosten, Druckkosten, Filmkosten	Landeshauptstadt Kiel, Polizei
			Mittelfristig	Im Rahmen des bestehenden Budgets	Landeshauptstadt Kiel in Kooperation mit Akteur/innen der Wohnungswirtschaft

	<p>8. Mehrsprachige Abfassung von Mietverträgen und Hausordnungen sowie bindenden Anweisungen</p> <p>9. Einbindung von Schiedsfrauen und Schiedsmännern mit Migrationskenntnissen zur Konfliktlösung</p> <p>10. Förderung von interkulturellen Kompetenzen für Akteure am Wohnungsmarkt</p> <p>11. Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund durch die Wohnungsgesellschaften</p> <p>12. Förderung ehrenamtlicher „Integrationslotsen“ für Neuzuwanderer/innen</p> <p>13. Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Wohnungsunternehmen und sozialen Einrichtungen z.B. Themenbezogene Einbindung der Wohnungswirtschaft in Stadtkonferenzen (beispielsweise einmal jährlich das Thema Wohnen als Schwerpunktthema setzen)</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Übersetzungskosten, Druckkosten</p> <p>Ggf. Schulungskosten</p> <p>Schulungskosten</p> <p>Keine</p> <p>Schulungskosten</p> <p>Keine</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel, Vermieter/innen, Haus und Grund, Mieter/Innenverein</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Jede Institution für ihre Akteure/Beschäftigten</p> <p>Vermieter/innen</p> <p>Migrationsvereine, Migrationssozialberatung, z. B. in Kooperation mit Vermieter/innen</p> <p>Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen</p>
--	---	---	--	---

	<p>14. Förderung von Projekten zur Information von Geflüchteten über Rechte, Pflichten und Konventionen im Zusammenhang mit Mietverhältnissen. Insbesondere illegaler Wohnungsvermittlung soll entgegengewirkt werden.</p> <p>15. Das 2015 im Sozialdezernat entwickelte Format der „Stadtgespräche“ soll themenorientiert nach Bedarf fortgeführt werden. Kritische Stimmungslagen innerhalb der Bevölkerung sollen so frühzeitig erkannt werden.</p> <p>16. Vor der Eröffnung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft hat sich ein „Tag der offenen Tür“ für die Nachbarschaft und andere Interessierte bewährt.</p> <p>17. Insbesondere große Gemeinschaftsunterkünfte mit mehreren hundert Bewohner/innen sollten als offene Begegnungsstätte konzipiert sein, sodass von Beginn an keine Berührungsgänge aufgebaut werden</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittel- und langfristig</p> <p>Nach Bedarf</p> <p>Nach Bedarf</p>	<p>Aus den Mitteln für die Betreuungsträger der Gemeinschaftsunterkünfte</p> <p>Raummiete, Druckkosten</p> <p>Keine</p> <p>Evtl. Projektmittel</p>	<p>Betreuungsträger im Auftrag der Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p>
--	--	---	--	---

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Ausgangslage der interkulturellen Öffnung ist die Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten und einheimischen Bürgerinnen und Bürgern bei der Inanspruchnahme sozialer und öffentlicher Dienste. „Kundinnen und Kunden“ mit Migrationshintergrund sind in der gesamten Stadtverwaltung präsent, nicht nur innerhalb der Sozialverwaltung und der Ausländerbehörde. Das gilt auch für soziale Dienste anderer Träger.

Interkulturelle Öffnung ist nur durch einen längerfristigen Prozess erreichbar, an dem alle Beteiligten mitwirken müssen. Der öffentlichen Verwaltung kommt hier eine besondere Verantwortung zu und sie soll vorbildhafte Ausstrahlung für freie Träger und andere Institutionen erhalten. Politik und Verwaltung sind gleichermaßen gefordert, die interkulturelle Öffnung im Rahmen der Verwaltungsreform mit umzusetzen.

Im Positionspapier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Integrationsgipfel am 14.07.2006 heißt es dazu: „Kommunalpolitik und –verwaltung müssen umfassende Maßnahmen treffen, um Zugangsbarrieren für Migranten abzubauen. Die Kommunalverwaltung ist nicht nur zentrales Steuerungsorgan kommunaler Integrationsarbeit, sondern auch eines ihrer bedeutendsten Praxisfelder. Die Umsetzung interkultureller Belange betrifft die Aspekte Kundenfreundlichkeit und Bedarfsorientierung, Aus- und Fortbildung des Personals und Qualifikation und Beschäftigung von Zuwanderern.“

Die interkulturelle Personalfortbildung gehört heute in vielen Kommunen zum Pflichtprogramm. So erreichen Kommunen durch Schulung von Verwaltungsbeschäftigten eine größere Offenheit und ein besseres Verständnis von migrationsspezifischen Fragestellungen. Schließlich tragen Kommunalverwaltungen zunehmend auch durch ihre Personalpolitik der Migrationsrealität Rechnung. Erzieher und Sozialpädagogen mit Migrationshintergrund einzustellen, ist in vielen Kommunen mit überdurchschnittlich hohem Migrationshintergrund schlicht eine Notwendigkeit.“

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz für die Beschäftigten	<p>1. Regelmäßige Fortbildungen zu interkulturellen Fragestellungen als Pflichtprogramm für die Verwaltung.⁷ Interkulturelle Inhalte sind sowohl in die Führungskräftequalifizierungen zu integrieren als auch in die Mitarbeiter/innenfortbildungen – über den sozialen Bereich hinaus. <i>Diese Empfehlung gilt für alle Bereiche der Verwaltung. Führungskräfte ermutigen ihre Mitarbeiter/innen zur Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen</i></p> <p>2. Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz in Stellenausschreibungen. Vorhandene Sprach- und interkulturelle Kompetenzen bei Mitarbeiter/innen könnten in Personalgesprächen erfragt und zunehmend gezielt eingesetzt werden. <i>Berücksichtigung von relevanter Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz auch im Stellenbewertungskatalog.</i></p>	Kurz- und mittelfristig, langfristige Aufgabe	Fortbildungskosten	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und freien Trägern
			Kurz- und mittelfristig, langfristige Aufgabe	Keine	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und freien Trägern

Integrationsgipfel am 14.07.2006 der Bundesregierung der kommunalen Spitzenverbände“, S. 5 f.

	<p>3. Mündliche und schriftliche Kommunikationskompetenzen im Umgang mit Migrant/innen sind daraufhin zu schulen, dass Sprache so einfach und klar eingesetzt wird, dass sie auch für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen verständlich ist.</p> <p>4. Solange die interkulturelle Öffnung nicht so weit vorangeschritten ist, dass keine Barrieren für Migrant/innen mehr bestehen, ist ein geeignetes Angebot zur Migrationssozialberatung - auch für bereits länger hier lebende Migrant/innen - vorzuhalten.</p> <p>Die Koordination für die Migrationssozialberatung liegt dabei in kommunaler Verantwortung.</p> <p>5. Die Notwendigkeit interkultureller Fortbildung ist künftig in den Leistungsverträgen mit sozialen Diensten festzuschreiben.</p> <p>6. Sowohl bei sozialen Diensten als auch in der Verwaltung ist eine Evaluation der Fortbildungsteilnahme und ihrer Effizienz anzuzusetzen</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Wird bereits geleistet</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Fortbildungskosten</p> <p>Personalkosten, Verwaltungskosten</p> <p>Keine</p> <p>Im Rahmen von Qualitätsmanagement</p> <p>Keine</p>	<p>Personalverantwortliche und Fortbildungsträger bei der Landeshauptstadt Kiel und freien Trägern</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Kooperation mit Freien Trägern</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel im Rahmen bestehender Evaluation</p> <p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p>
<p>2.</p> <p>Förderung von Migrant/innen durch bewusste Personalpolitik</p>	<p>1. Mehrsprachigkeit, Erfahrung mit Migration, bzw. mit Migrationssarbeit, als Bestandteil von Anforderungsprofilen.</p> <p><i>Kriterien bei der Bewertung eines Arbeitsplatzes berücksichtigen.</i></p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p>

		<p>2. Zielvorgabe für einen wachsenden, schließlich dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil von Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund.</p> <p><i>Die Zielvorgabe richtet sich auch an die Ebene der Führungskräfte. Eine Evaluation/ Abfrage dieser Zielvorgabe erfolgt in regelmäßigen Abständen.</i></p>	Langfristig	Keine	Ratsversammlung, Oberbürgermeister
		<p>3. Eine gezielte Werbung bei Migrant/innen wird eingesetzt, um sie zu Bewerbungen in allen Arbeitsbereichen der öffentlichen Verwaltung zu motivieren</p>	Langfristig	Keine	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern
		<p>4. Identifizierung von Zugangsbarrrieren im Einstellungsverfahren und entsprechende Anpassung u.a. der Einstellungstests.</p>	Kurzfristig	Arbeitszeit	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel
3.	Entwicklung eines interkulturellen Leitbildes	<p>1. Mitarbeiter/innen sind auf die Zielsetzung und konsequente Umsetzung des Integrationskonzeptes und des Leitbildes hin zu verpflichten.</p> <p>2. Überprüfung, Aktualisierung und Fortschreibung von Vorgaben und Zielen</p>	Mittelfristig	Keine	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern
			Mittel- und langfristig	Im Rahmen bestehender Personalmittel	Verantwortliche für Qualitätsentwicklung bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern

4.	Einsatz von Dolmetscherdiensten ⁸ <i>Die Empfehlung wird nicht umgesetzt, um eine Konkurrenz mit Berufsdolmetscher/innen zu vermeiden und mehrsprachiges Personal nicht mit zusätzlichen Aufgaben zu konfrontieren.</i>	Mittelfristig	Keine	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern Koordination Referat für Migration in Zusammenarbeit mit Trägern der Migrationsberatung
5.	Mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Information und als Signal des Willkommens für Migrant/innen	Kurz- und mittelfristig	Übersetzungs- und Druckkosten Übersetzungskosten	Landeshauptstadt Kiel und Arbeitsverwaltung Landeshauptstadt Kiel
6.	Erkennen und Berücksichtigen von Bedarf und Entwicklung	Kurzfristig Kurzfristig Mittelfristig	Im Rahmen vorhandener Personalkosten Im Rahmen der Datenerhebung	Landeshauptstadt Kiel (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) in Zusammenarbeit mit Freien Trägern, Vereinen, Forum etc. Landeshauptstadt Kiel im Rahmen laufender Berichterstattung

⁸ Das Risiko einer nicht fachgerechten Übersetzung liegt bei denjenigen, die sich zu ihrer Unterstützung der Sprachmittler/innen bedienen.

7.	Vernetzung zur Optimierung der Zusammenarbeit	Die Vernetzung mit den Angeboten der Migrationssozialberatung und weiteren Angeboten und Maßnahmen in der Migrationsarbeit in Kiel – auch überregional – muss weiter ausgebaut und institutionalisiert werden.	Mittelfristig	Keine	Forum für Migrant/innen und Landeshauptstadt Kiel (Koordination Migrationssozialberatung)
8.	Koordination, Evaluation und Weiterentwicklung	Die Federführung für Evaluation, Berichterstattung und Fortschreibung des Integrationskonzeptes wird dem Referat für Migration übertragen. Eine zentrale und übergeordnete Ansiedlung des Referates würde dabei den Stellenwert der Handlungsempfehlungen innerhalb der Stadtverwaltung sowie gegenüber Migrant/innen und der Stadtbevölkerung insgesamt unterstreichen und die gesellschaftlichen Rückwirkungen verstärken. Zudem wird der Eindruck der bloßen Klientel-Sichtweise vermieden. ⁹	Mittel- und langfristig	Personal- und Sachkos-ten	Landeshauptstadt Kiel, Verwaltung und Selbstverwaltung

⁹ „Städte, Gemeinden und Landkreise bringen seit Jahren die Gestaltungspotentiale ihrer Gemeinwesen zur Integration der Zuwanderer ein. ...Integration wird dabei in den Kommunen als Querschnittsaufgabe verstanden. Sie ist nicht nur Aufgabe einzelner Fachbereiche, sondern eine ressortübergreifende Aufgabe von Relevanz.“ Aus: „Positionen-

Förderung der Selbstorganisation und Partizipation

Noch immer wird in vielen Angelegenheiten, die Migrant/innen betreffen, mehr **über** die Beteiligten als **mit** ihnen gesprochen. Tatsächlich ist die Vertretung von Migrant/innen in allen Lebensbereichen - entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung - noch lange nicht gegeben.

So ist die Politik immer wieder aufgefordert, die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Gruppenspezifische Interessen von Migrantinnen und Migranten sollen mit einfließen.

Über die rechtliche und politische Partizipation hinaus soll auch die berufliche, soziale und kulturelle Partizipation als wichtige Aufgabe der Integration gesehen werden. Gleichstellung und Gleichbehandlung werden eingefordert, um Ausgrenzung und Benachteiligung zu beseitigen.

Die Stadt Kiel ist bestrebt, in Zukunft die Teilhabe von Migrant/innen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens zu fördern. Sie sollen an allen Informationen teilhaben und an Entscheidungen mitwirken können sowie gleiche Chancen auf Bildung und Beschäftigung erhalten.

Die Förderung der Selbstorganisationen und die Partizipation sind eng miteinander gekoppelt und müssen Hand in Hand gehen. Die Stadt Kiel verfügt bereits über ein breites Angebot unterschiedlicher Vereine und Selbsthilfegruppen, die Migrant/innen notwendige Kontakte und Orientierungen verschaffen und der Artikulation ihrer Interessen dienen. Hierzu gehören unter anderem Selbstorganisationen, die von unterschiedlichen Migrantengruppen mit unterschiedlicher kultureller, religiöser und politischer Ausprägung und Zielsetzung gegründet worden sind. Sie tragen dazu bei, eigene Interessen zu artikulieren, Selbsthilfepotenziale zu bündeln und eine Brücke zwischen Migrant/innen und Einheimischen zu bilden.

Die Selbstorganisation der Migrant/innen braucht Unterstützung auf sozialer und politischer Ebene. Eine Einrichtung wie das Referat für Migration ist und bleibt eine wichtige Stelle für die Information, Vernetzung und Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen, das Forum für Migrantinnen und Migranten stellt den notwendigen Rahmen für den gegenseitigen Informationsaustausch, die Vertretung der eigenen Interessen sowie die Verbindung zur Politik der Landeshauptstadt her. Das Bemühen für mehr bürgerschaftliches Engagement unter den Migrant/innen sollte sowohl von Seiten der Landeshauptstadt als auch von Seiten der Migrantenorganisationen verstärkt werden.

Im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung sollen auch die wirtschaftlichen Aktivitäten von Migrant/innen berücksichtigt werden. Viele von ihnen sind bereits hier als selbständige Unternehmer/innen aktiv. Die Ressourcen sollten angemessen gefördert werden, um dieses Wirtschaftspotential für die lokalen Standorte gewinnbringend einzusetzen.

Im Zuge der verstärkten Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 ist eine Heranführung der Neuzugewanderten an bestehende Vereinsstrukturen oder neue Vereinsgründungen von besonderer Bedeutung, um eine Selbstorganisation und Partizipation ausgerichtet auf die aufnehmende Gesellschaft zu ermöglichen.

Förderung der Selbstorganisation und Partizipation

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	<p>Teilhabe von Migrant/innen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens</p> <p><i>Neben der Teilhabe wird auch eine aktive Mitgestaltung gefördert.</i></p>	<p>1. Das Forum für Migrant/innen wird fortgeführt und in seiner Arbeit als Interessenvertretung von Migrant/innen in Kiel unterstützt.</p> <p>Bei Vorhaben in der Stadt soll das Forum frühzeitig zu Stellungnahmen einbezogen werden, bevor die Selbstverwaltung Beschlüsse fasst, die Migrant/innen betreffen.</p> <p>2. Das Forum wird in die Lage versetzt, Anreize für integrative Projekte, z. B. in Form von Wettbewerben, über einen Fördertopf zu geben. Über die Höhe der Fördersumme stellt das Forum einen Antrag an die Ratsversammlung.</p> <p>3. Förderung von Existenzgründungen bei Migrant/innen, um vorhandene Potentiale aufzugreifen und zu nutzen.</p> <p>4. <i>Das Forum für Migrant/innen wird bei integrationsrelevanten Projekten bei der Vergabe/Entscheidungsfindung beteiligt.</i></p>	<p>Kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Personal- und Verwaltungskosten</p> <p>Im Rahmen eines gesonderten Antrages</p> <p>Projektkosten</p> <p>Personalkosten</p>	<p>Alle Ämter der Landeshauptstadt Kiel, Selbstverwaltung</p> <p>Forum für Migrantinnen und Migranten, Referat für Migration</p> <p>IHK, KIWI, Arbeitsverwaltung, Land Schleswig-Holstein, Freie Träger</p> <p>Alle Ämter der Landeshauptstadt Kiel, Selbstverwaltung, Forum für Migrantinnen und Migranten, Referat für Migration</p>

		<p>5. Nutzen von Wissen und vorhandenen Ressourcen in Selbstorganisationen für eine aktive Mitgestaltung.</p>	<p>Kurzfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Alle Ämter der Landeshauptstadt Kiel, Selbstverwaltung</p>
<p>2. Anerkennung und Unterstützung von Selbstorganisationen</p>	<p>1. Geeignete Einrichtungen bei der Stadt beraten bei Vereinsgründung, Gründung von Dachverbänden und Erstellung einer Satzung, bzw. vermitteln an geeignete Beratungsstellen. Das Referat für Migration der Stadt Kiel berät, unterstützt und begleitet die Selbstorganisationen von Zuwander/innen. Die Stelle gibt Tipps zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden. <i>Bei Vereinsgründungen wird auf eine Ausrichtung auf die aufnehmende Gesellschaft hingewirkt, um den kulturellen Austausch zu fördern.</i> <i>Neue Vereine bekommen Hilfestellung bei der Beantragung von öffentlichen Fördergeldern</i></p> <p>2. Die Selbstorganisationen von Migrant/innen werden von den Regeldiensten als „Brücke“ zu Migrantengruppen oder Einzelpersonen genutzt, um diese besser zu erreichen. Das Referat für Migration stellt bei Bedarf die notwendigen Kontakte her.</p>	<p>Wird bereits geleistet</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Personalressourcen</p>	<p>Referat für Migration, Bürgerberatung</p>	
			<p>Kurzfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Alle Ämter der Landeshauptstadt Kiel</p>

		<p>3. Die Vereinsaktivitäten werden durch die Stadt gefördert durch Bereitstellung von Räumen.</p> <p>4. Über die Internetseite www.kiel.de kann - unter Berücksichtigung des Datenschutzes - nach Name, Herkunft, Tätigkeit oder Zielgruppe der Selbstorganisationen gesucht werden. Der Internetauftritt dient der wechselseitigen Kontaktaufnahme, dem Austausch und der Vernetzung sowohl untereinander als auch mit außenstehenden Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen.</p>	<p>Wird bereits geleistet</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Kosten für Gebäude und Instandhaltung</p> <p>Im Rahmen der vorhandenen Personalressourcen, bzw. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Immobilienwirtschaft)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit Referat für Migration)</p>
<p>3. Anlaufstelle bei Diskriminierung</p>		<p>1. AntidiskriminierungsCodes werden für das Selbstverständnis der Stadtverwaltung geschaffen. Außerhalb wirbt die Stadt für entsprechende Codes bei Unternehmen, Betrieben u.ä.</p> <p>2. In Kiel ist eine Anlaufstelle für Beschwerden über Diskriminierung einzurichten. Diese muss eine möglichst „niedrige Schwelle“ haben. Die Trägerschaft sollte beim Referat für Migration liegen.</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Selbstverwaltung, Personalamt in Zusammenarbeit mit Referat für Migration)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel (Selbstverwaltung, Referat für Migration)</p>

Bürgerschaftliches Engagement

Die „Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel“ (veröffentlicht 2007) beschreiben sechs Handlungsfelder. In jedem dieser Felder wird „Bürgerschaftliches Engagement“ als Querschnittsaufgabe automatisch mitgedacht, ohne jedoch das Thema an sich gezielt zu behandeln. Im Zuge der Überarbeitung der Handlungsempfehlungen 2017 wurde eine Arbeitsgruppe unter Federführung des nettekieler Ehrenamtsbüros gebildet. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe aus verschiedenen Akteuren wurden neben der Analyse des „Ist-Zustandes“ vor allem Vorschläge für die Zukunft erarbeitet. Im Fokus steht dabei insbesondere die Frage: „Was brauchen wir, auch strukturell, um bürgerschaftliches Engagement in der Landeshauptstadt Kiel zu unterstützen und zu stärken, auszubauen aber auch zu halten?“

Aktuelle Situation

Die Willkommenskultur der Jahre 2015/16 in der Landeshauptstadt Kiel wurde wesentlich durch das große zivilgesellschaftliche Engagement geprägt. Dieses organisierte sich spontan und vielfach kurzfristig, soziale Netzwerke wie facebook spielten dabei, jedenfalls in dieser Größenordnung, erstmals eine wichtige Rolle. Große Teile der Kieler Bevölkerung waren und sind immer noch engagiert, haben den Wandel von der Willkommens- zur Integrationskultur mitvollzogen, einige sind abgesprungen oder haben sich neuen Engagementfeldern zugewandt, und viele haben im Umfeld der Willkommenskultur-Bewegung bürgerschaftliches Engagement überhaupt erst kennengelernt. Hervorgegangen aus dieser Zeit jedenfalls sind eine Fülle von Initiativen, Ideen, Projekten und Angeboten, deren Bedeutung für den Integrationsprozess in der Landeshauptstadt Kiel nicht nur inhaltlich groß ist.

Denn, betrachtet man daneben auch einmal die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft an sich, so haben wir es hier mit der höchsten Stufe gesellschaftlicher Mitgestaltung, also Partizipation, zu tun – Demokratie, sozusagen, in ihrer Reinform.

Diese große Partizipationsbewegung der letzten Jahre hat etwas gezeigt: Herkömmliche Engagementstrukturen sind möglicherweise überholt, viele Angebote im Bereich bürgerschaftlichen Engagements müssen überdacht und den geänderten Bedarfen in der Gesellschaft angepasst werden. So ist langfristig bindendes, zeitintensives Engagement mit hohem administrativem Inhalt (Vorstandsposten in Sportvereinen o.ä.) inzwischen eher schwieriger zu vermitteln als flexible oder spontane Engagementformen.

Gezeigt hat es auch, die Gruppe der Engagierten ist äußerst heterogen, vom hochbetagten Senior bis zum Jugendlichen, vom Studierenden bis zur Pensionärin, vom Migranten bis zur Ur-Kielerin, jeder will und kann sich im Rahmen seiner Möglichkeiten engagieren. Auch gewinnen zeitlich flexible oder Kurzfrist-Angebote unter den an Engagement Interessierten zunehmend an Bedeutung.

Und gezeigt hat es noch etwas ganz Entscheidendes: bürgerschaftliches Engagement ist nicht mehr nur Querschnittsaufgabe und darf es auch nicht bleiben. Das Schicksal der vielen Flüchtlinge hat einen der größten zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozesse der letzten Jahre ausgelöst, das freiwillige Engagement hat spontan so viel Unterstützung in Bereichen organisiert, in denen sich hauptamtliche Strukturen erst nach und nach bilden konnten. Diese große Engagementbereitschaft der Zivilgesellschaft langfristig zu binden, zu unterstützen und auszubauen ist einer der entscheidenden Schlüssel zu einem nachhaltig guten Integrationsprozess in der Landeshauptstadt Kiel.

Kommunale Engagementstrategie braucht Strukturen

Um bürgerschaftliches Engagement in der Landeshauptstadt Kiel zu stärken und Engagement im Sinne einer solidarischen Bürgergesellschaft nachhaltig zu sichern, braucht es eine gute kommunale Engagementstrategie. Eine solche Strategie für die Landeshauptstadt Kiel gilt es, kurzfristig zu entwickeln. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu echter Teilhabe und Partizipation, zu einer echten Bürgergesellschaft, und signalisiert gleichzeitig, nach außen, den hohen Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements für die kommunale Verwaltung der Landeshauptstadt Kiel.

Dabei ist ein erster wichtiger Schritt der Ausbau bereits bestehender und der Aufbau neuer funktionierender Engagementstrukturen. Für die gute Basis solcher Strukturen, mittelfristig entscheidend, ist die personelle Aufstockung des Hauptamtes. Dies meint sowohl eine personell nachhaltige Sicherung des nettekieler Ehrenamtsbüros als „Zentrum“ für Ehrenamt“ (Arbeitstitel der AG) in der Landeshauptstadt Kiel als auch die Ausstattung der gemeinnützigen Organisationen¹⁰ mit, im Umgang mit Engagierten, professionell ausgebildeten und geschulten festen hauptamtlichen Ansprechpartner/innen, sogenannten Ehrenamts- oder Freiwilligenkoordinator/innen. Die Aufgabe dieser hauptamtlichen Strukturen besteht in erster Linie in der Umsetzung und Anwendung der kommunalen Engagementstrategie in den gemeinnützigen Organisationen. Wichtige Säulen dieser Strategie müssen dabei sein:

1. Gewinnung von Freiwilligen
2. Schulung und Qualifizierung der Freiwilligen (Verbesserung des Informationsflusses, Nutzung und Ausbau der Bürgerakademie, Anpassung der Uhrzeiten an die Bedürfnisse der freiwillig Engagierten)
3. Schaffung nachhaltig guter Vereinskulturen durch:
 - a. Partizipation
 - b. Verlässliche Raumsituationen (Kooperationen mit Bürgerhäusern/Bürger- und Nachbarschaftstreffs und –zentren, trägerübergreifend)
 - c. Supervision
 - d. Konfliktmanagement
 - e. Anerkennungskultur (z.B. Festival „Kiel sagt Danke“, städtische Auszeichnungen, Workshops, Fachtage etc.)
 - f. Qualitätsmanagement

Zudem gilt es aber auch, die Netzwerkarbeit aller relevanten Akteure weiter zu intensivieren, um nicht zuletzt auch die Entstehung von Doppelstrukturen unbedingt auszuschließen.

Und, die Aufgabe der hauptamtlichen Akteure muss auch darin bestehen, immer wieder aufzuzeigen, wo bürgerschaftliches Engagement seinen definitorischen Rahmen verlässt und droht, überprofessionalisiert, als selbstverständlich in der Ausübung eigentlich kommunaler bzw. hauptamtlicher Aufgaben aufzugehen. Ehrenamt soll Ehrenamt bleiben, Hauptamt auch Hauptamt.

Eine weitere, für den Integrationsprozess wichtige Aufgabe besteht darin, alle Bevölkerungsgruppen für das Thema bürgerschaftliches Engagement zu öffnen, Migrantenselbstorganisationen noch stärker in diese Prozesse einzubinden und gezielt Migrantinnen und Migranten für die Freiwilligenarbeit im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Integration zu gewinnen.

¹⁰Die Bezeichnung schließt jede Form der Einrichtung, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind wie bspw. Vereine, Initiativen, Verbände etc.

Es ist zu prüfen, ob diese vielschichtigen (neuen) Aufgaben durch das Ehrenamtsbüro „Nettekieler“ geleistet werden können oder ob es zusätzlicher Strukturen bedarf. Die Verwaltung hat im Herbst 2017 Prüfaufträge der Ratsversammlung abzuarbeiten, die eine weitreichende Unterstützung des Ehrenamtes zum Inhalt haben. Diese Ergebnisse sollen abgewartet werden.

